Afrikapost aktuell

Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation

1/2023: Wahlen in Simbabwe – Wandel ausgeschlossen?

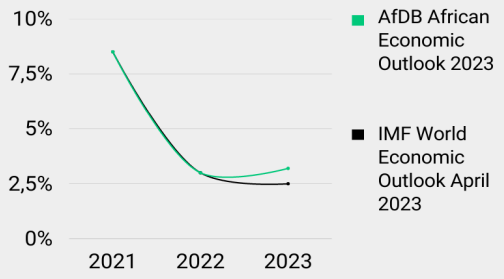
Larissa Pflüger, Deutsche Afrika Stiftung

Am 23. August öffnen in Simbabwe die Wahllokale. Neben dem Präsidenten werden auch das Parlament und Lokalvertretungen gewählt. Es steht viel auf dem Spiel – das Land befindet sich in einer andauernden Wirtschaftskrise und auch das politische Umfeld ist aufgeladen. Die Präsidentschaftswahl wird auf ein Rennen zwischen dem aktuellen Präsidenten Emmerson Mnangagwa von der ZANU-PF auf der einen Seite und Präsidentschaftskandidat Nelson Chamisa von der CCC auf der anderen Seite hinauslaufen. Beide Parteien geben sich im Vorfeld der Wahl siegessicher. Auch für den außenpolitischen Kurs des Landes wird die Wahl als richtungsweisend angesehen.

Hintergrund: Aktuelle Lage

Simbabwe steht wirtschaftlich und politisch vor großen Herausforderungen. Die Wirtschaft des Landes befindet sich seit den 2000ern in einer andauernden Krise, die von den Folgen der Coronapandemie, des russischen Angriffkrieges auf die Ukraine und des Klimawandels noch weiter verschärft wird. Das Wirtschaftswachstum des Binnenstaates im südlichen Afrika brach im vergangenen Jahr um 5,5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr ein und konnte sich seither nicht erholen (Abb. 1).

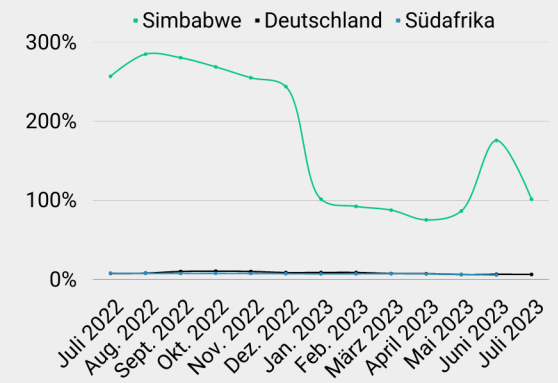
Abb. 1: Reales BIP-Wachstum



Eigene Darstellung

Hinzu kommt die Währungskrise, in dem das Land nach Jahren der Dollarisierung und Entdollarisierung steckt: Die 2019 eingeführte Landeswährung *Zimbabwe Dollar* verzeichnete im vergangenen Jahr einen Werteverlust in Höhe von 521% gegenüber dem US-Dollar, was zur Hyperinflation führte – die Inflationsrate in Simbabwe zählt zu den höchsten weltweit (Abb. 2).

Abb. 2: Jährliche Inflation Juli 2022 - Juli 2023

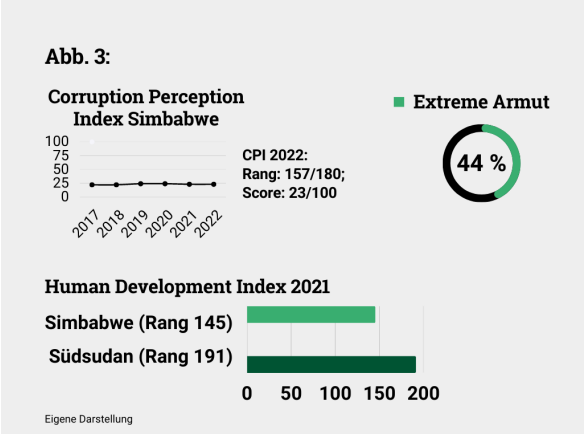


Eigene Darstellung

Hinzu kommen enorme Preissteigerungen bei Lebensmittel- und Benzinpreisen infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die hohe Informalität der simbabwischen Wirtschaft – Schätzungen zufolge sind rund 80 - 90% der Simbabwerinnen und Simbabwer im informellen Sektor tätig –, geringe ausländische Investitionen sowie eine Auslandsverschuldung in Höhe von rund 14 Mrd. US-Dollar, was rund 67,7% des BIPs entspricht.[1] Die sozio-ökonomischen Folgen für die Bevölkerung sind gravierend (Abb. 3).

Entsprechend steigt in der Bevölkerung der Frust über mangelnde Dienstleistungen des Staates, hohe Preise für die Grundversorgung, aber auch über schwache demokratische Institutionen: Das Militär ist eng mit den politischen Prozessen und Institutionen verflochten und die Opposition und Zivilgesellschaft werfen den Eliten Bereicherung, Korruption und Missmanagement von öffentlichen Geldern vor, während 44% der rund 15,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in extremer Armut leben.[2]

Dies führte in den letzten Jahren immer wieder zu Streiks und Anti-Regierungsdemonstrationen, die durch hartes Vorgehen von Polizei und Militär gegen Demonstrierende und Opposition und willkürliche Verhaftungen von bekannten Oppositionsanhängerinnen und -anhängern sowie Aktivistinnen und Aktivisten geprägt waren.



Vor diesem Hintergrund finden am 23. August allgemeine Wahlen in Simbabwe statt. Neben dem Präsidentenamt stehen auch das Parlament sowie die Kommunalvertretungen zur Wahl.

Die Spitzenkandidaten

Simbabwe ist eine Republik mit Präsidial-verfassung; der Präsident ist gleichzeitig Staatsoberhaupt und Regierungschef sowie der Oberbefehlshaber des Militärs, der *Zimbabwe Defence Forces*. Er ernennt Kabinettsmitglieder und Führungskräfte im öffentlichen Dienst. In Simbabwe gilt ein Mehr-parteiensystem, wobei dieses stets von je zwei Parteien beherrscht wird: Von 1980 bis 1987 dominierten die Regierungspartei ZANU und die größte Oppositionspartei PF ZAP die Parteienlandschaft; nach dem Zusammenschluss der beiden Parteien zur ZANU-PF übernahm die Partei *Movement for Democratic Change* (MCD) die Rolle des Oppositionsführers, wurde jedoch 2022 von der neu gegründeten *Citizens Coalition for Change* (CCC) verdrängt. Obwohl in diesem Jahr ingesamt zehn Kandidaten und eine Kandidatin zur Präsidentschaftswahl antreten, wird es auf ein Rennen zwischen den beiden Spitzenkandidaten Emmerson Mnangagwa (ZANU-PF) und Nelson Chamisa (CCC) und somit auf eine Neuauflage der Wahlen von 2018 hinauslaufen. Damals konnte sich Mnangagwa mit 50,8% zu 44% im ersten Wahldurchgang gegen Chamisa durchsetzen.

> **No one will stop us from ruling this country. We are the only party that brought independence and freedom to the colonized people of this country. We kicked out imperialism. […] So you will be lost if you don't vote for ZANU-PF – you would have betrayed our freedom fighters.**
>
> **Emmerson Mnangagwa**

Es ist ein Generationenduell. Der 80-jährige **Emmerson Dambudzo Mnangagwa** ist amtierender Präsident und Vorsitzender der ZANU-PF. Er gehört bereits seit der Unabhängigkeit Simbabwes 1980 in verschiedensten Positionen zur Regierungsriege. Nachdem das Militär seinen Vorgänger Robert Mugabe im November 2017 aus dem Amt drängte, übernahm Mnangagwa die Regierungsgeschicke. Er und die ZANU-PF genießen den Rückhalt des Militärs und sind insbesondere unter der Wählerschaft in den ländlichen Gebieten sowie unter den Veteraninnen und Veteranen des Landes beliebt. Entsprechend greift Mnangagwa, der in Simbabwe auch unter dem Spitznamen „das Krokodil" bekannt ist, in seinen Wahlkampfauftritten immer wieder auf anti-imperialistische Rhetorik zurück und betont ZANU-PF's Rolle beim Kampf um die Unabhängigkeit.[1] Statt neue Wahlkampfversprechen zu machen, setzt Mnangagwa darauf, Erfolge seiner Regierung in den Vordergrund zu rücken. Hier verweist er u.a. auf die Förderung des Landwirtschaftssektors, den Bau von Dämmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Wasserversorgung sowie auf das 2020 eingeführte *Pfumvudza Programme*, das Haushalten Saatgut und Düngemittel zur Verfügung stellt und mit dessen Hilfe Simbabwe die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wiedererlangen soll. Weitere Themen sind die Verbesserung der Stromversorgung durch den Bau zweier neuer Kraftwerke, die Bemühungen

1 https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/zimbabwe-ap-emmerson-mnangagwa-zanupf-harare-b2390435.html

der Regierung um den Ausbau von Solarenergie sowie die Wiederherstellung der Benzinversorgung, nachdem Simbabwe in den vergangenen Jahren immer wieder mit Benzinknappheit zu kämpfen hatte. Auch die Sanktionspolitik der USA und Europäischen Union (EU), die die Regierung als Hauptverantwortliche für die Wirtschaftskrise des Staates sehen, ist immer wieder Thema in Mnangagwas öffentlichen Auftritten.

Sein stärkster Herausforderer ist der 46-jährige Pastor und Jurist, **Nelson Chamisa**. 2018 ging er noch als Vorsitzender der *MDC-Alliance*, einem Zusammenschluss von Oppositionsfraktionen, ins Rennen um das Präsidentschaftsamt; nach internen Führungsstreitigkeiten kam es jedoch zum Bruch mit der Partei. Daraufhin gründete er im Januar 2022 die Oppositionspartei *Citizens Coalition for Change* (CCC), mit der er bei den Nachwahlen im März 2022 große Erfolge einfahren konnte und die MDC de facto als wichtigste Oppositionspartei ablöste. Allerdings steht die CCC vor enormen finanziellen Herausforderungen: Mit dem Ausschluss aus der MDC verlor Chamisa das Parteivermögen sowie Zugang zur staatlichen Parteifinanzierung.[2] Mnangagwas deutlich jüngerer Herausforderer ist insbesondere bei der jungen, urbanen und gebildeten Bevölkerung beliebt. Unter dem Wahlkampfmotto *For Everyone* verspricht Chamisa die Bekämpfung der Korruption, Wirtschaftswachstum und die Achtung von Menschen- und Freiheitsrechten. Die offizielle Vorstellung des Wahlprogrammes der CCC, *A New Great Zimbabwe Blueprint,* fand am 8. August in Simbabwes zweitgrößter Stadt Bulawayo statt, nachdem vorherige geplante Wahlkampfveranstaltungen immer wieder von örtlichen Behörden und der Polizei nicht genehmigt worden waren. Kernpunkte des Programms stellen die Reformierung im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Dialogs, die temporäre Einführung des US-Dollars als Hauptwährung, um eine stabile und resiliente Landeswährung aufzubauen, Umstrukturierung der Schulden, kostenloser Zugang zu Primärbildung und medizinischer Grundversorgung, Garantie der Ernährungssicherheit und Förderung des Landwirtschaftssektors sowie Reformierung und Modernisierung der Polizei dar.[3]

Die Dominanz der Parteien der beiden Spitzenkandidaten macht sich auch bei der Parlamentswahl bemerkbar. Für die 210 zur Wahl stehenden Sitze in der Nationalversammlung wurden insgesamt 637 Kandidatinnen und Kandidaten zugelassen. Davon gelang es nur der ZANU-PF und der CCC in jedem der 210 Wahlkreise Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen.[4]

Abb. 4: Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2023

Kandidatin/ Kandidat	Partei
Busha Joseph Makamba	FREEZIM Congress
Chamisa Nelson	Citizens for Change Coaltion (CCC)
Chikohora Trust Tapiwa	Zimbabwe Coalition for Peace and Development (ZCPD)
Kasiyamhuru Blessing	Zimbabwe Partnership for Prosperity (ZIPP)
Madhuku Lovemore	National Constitutional Assembly (NCA)
Mnangagwa Emmerson Dambudzo	Zimbabwe African National Union- Patriotic Front (ZANU PF)
Mubaiwa Wilbert Archbald	National People's Congress (NPC)
Muzorewa Gwinyai Henry	United African National Council (The UANC)
Mwonzora Douglas Togarasei	Movement for Democratic Change (MDC)
Valerio Elisabeth	United Zimbabwe Alliance (UZA)
Wilson Harry Peter	Democratic Opposition Party (DOP)

Eigene Darstellung

Anmerkungen:

1) Elisabeth Valerio, die einzige Frau, die ins Rennen geht, wurde erst, nachdem sie vor dem Wahlgericht gegen ihren Ausschluss geklagt hatte, nachträglich zugelassen.

2) Saviour Kasukuwere, der einzige unabhängige Kandidat, wurde per Gerichtsverfahren von der Wahl ausgeschlossen.

3) Douglas Mwonzora (MDC-T) zog öffentlich seine Kandidatur zwei Wochen vor der Wahl zurück; sein Rücktritt wurde jedoch aufgrund der Nichteinhaltung der Drei-Wochen-Frist nicht anerkannt.

Der Ausgang der Wahl bleibt derweil ungewiss. Laut einer Umfrage des Afrobarometers würde die ZANU-PF aktuell 35% der Stimmen erhalten, während die oppositionelle *Citizens Coalition for Change* auf 27% käme; doch 34% der Befragten wollten keine Angaben machen oder gaben an, noch unentschieden zu sein, was eine genaue Prognose schwierig macht.[5] Letztendlich bestehen jedoch eh Zweifel, inwiefern der

2 Gemäß des *Political Parties Finance Act* erhalten nur Parteien, deren Kandidatinnen und Kandidaten in der vorausgegangenen Wahl mind. 5% der Stimmen erhalten haben, staatliche Finanzierung.

Wählerwille entscheidend für das Ergebnis sein wird, wie im Folgenden gezeigt wird.

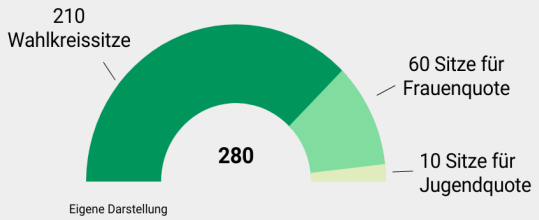
Der Wahlprozess

Das hybride Wahlsystem

2008 wurden die Wahlen in Simbabwe vereinheitlicht, d.h. Präsidentschaftswahlen, Parlamentswahlen und Lokalwahlen finden am selben Tag statt. Der Präsident oder die Präsidentin wird direkt gewählt und muss im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erreichen. Sollte keiner der Kandidierenden über 50% der Stimmen gewinnen können, findet ein zweiter Wahlgang statt. Für die Wahlen am 23. August ist dieser auf den 2. Oktober terminiert.

Die **Nationalversammlung** wird insgesamt aus 280 Sitzen bestehen und bildet die erste Kammer des Parlaments. Davon werden 210 Sitze, einer pro Wahlkreis, per einfacher Mehrheit gewählt. Von den übrigen Sitzen sind 60 für Frauen und bei diesen Wahlen zum ersten Mal 10 für junge Menschen im Alter zwischen 21 und 35 Jahren reserviert (Abb. 5).

Abb. 5: Nationalversammlung



Eigene Darstellung

Die zweite Kammer des Parlaments, der **Senat,** besteht aus insgesamt 80 Mitgliedern, von denen 60 direkt gewählt und 16 von traditionellen *Chiefs* bestimmt werden. Zusätzlich sind zwei Plätze für Menschen mit Behinderungen reserviert. Der Präsident und Vizepräsident des *Council of Chiefs* gehören ebenfalls dem Senat an.

Wahlberechtigt sind alle volljährigen Simbabwerinnen und Simbabwer, die sich für die Wahl registrieren. Im Ausland lebende Simbabwerinnen und Simbabwer, die von der *Zimbabwe National Statistics Agency* (ZimStats) auf rund eine Million (2022), von Menschenrechtsorganisationen hingegen auf rund 5 Millionen (= 30% der simbabwischen Bevölkerung im Land) geschätzt werden, dürfen nicht wählen, was von der Opposition als Vorteil der Regierungspartei gewertet wird, da Diaspora Wählerinnen und Wähler tendenziell eher die Oppositionspartei unterstützen.[6]

Die kritische Rolle von Simbabwes Wahlkommission (ZEC)

Die *Zimbabwe Election Commission* (ZEC), die für die Durchführung der Wahlen verantwortlich ist, steht bereits seit Jahren in der Kritik, freie und faire Wahlen zu behindern. In diesem Jahr ist es nicht anders: Drei der in 2022 neu ernannten sechs Kommissare stehen in direkter Verwandtschaft mit aktiven oder ehemaligen ZANU-PF Ministern; auch enge Verbundenheit mit dem Militär wird der Wahlkommission vorgeworfen.[7] Kritik gab es zudem an der Transparenz und Vollständigkeit des von der ZEC vorläufig veröffentlichten Wählerverzeichnisses und auch bei der Veröffentlichung des aktuellen Wählerverzeichnisses sowie der finalen Liste der Wahllokale kam es zu Verzögerungen. Entsprechend gibt es auch ein generelles Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber der ZEC. Laut aktuellen Umfragen des Afrobarometers haben gerade einmal die Hälfte der Befragten (51%) Vertrauen in die Wahlkommission; 49% gaben an, dass die Veröffentlichung von inkorrekten Wahlergebnissen wahrscheinlich sei.[8]

Die Oppositionsparteien werfen der ZEC zudem „Gerrymandering" vor, also die Veränderung der Abgrenzung der Wahlkreise und -bezirke zugunsten der Regierungspartei. So wurden bei dem Verfahren zur neuen Festlegung der Wahlkreise und -bezirke, welches Anfang Februar beendet wurde und verfassungsgemäß bereits fünf Jahre überfällig war, eine Reihe von Unregelmäßigkeiten festgestellt, wie etwa die Erstellung falscher Koordinaten, die sich teilweise außerhalb der Landesgrenzen befinden, oder auch ungerechtfertigte Vergrößerungen von Wahlkreisen.[9]

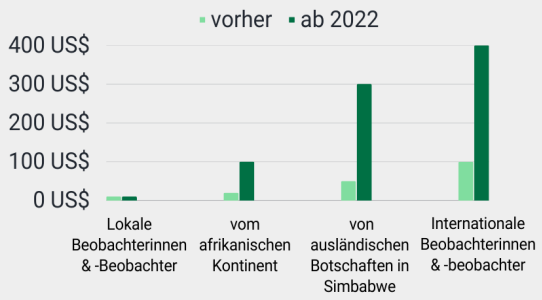
Schließlich stieß die enorme Erhöhung der Nominierungsgebühren für Kandidatinnen und Kandidaten auf breite Kritik. Während die Registrierungsgebühren für Präsidentschaftskandidatinnen und -kandidaten 2018 noch bei 1.000 US-Dollar lagen, legte die ZEC mit Zustimmung des Ministers für Justiz,

Recht und Parlamentsangelegenheiten die Nominierungsgebühren in diesem Jahr auf 20.000 US-Dollar fest; für die Nationalversammlung erhöhte sich die Gebühr von 50 US-Dollar auf 1.000 US-Dollar und für Parteilisten verdoppelte sich die Gebühr von 100 US-Dollar auf 200 US-Dollar.[10] Die Erhöhung sei ein klarer Ausschlussmechanismus von Parteien und unabhängig antretenden Kandidatinnen und Kandidaten, die nur über geringe oder keine staatliche Parteifinanzierung verfügen, so die Kritik.[11]

Wahlbeobachtung
Die Wahlen am 23. August werden von zahlreichen lokalen, regionalen und internationalen Wahlbeobachterinnen und -beobachtern begleitet. Allgemein gelten die internationalen Missionen als deutlich kritischer im Vergleich zu den regionalen Wahlbeobachtungsmissionen wie z.B. die der *Southern African Development Community* (SADC). Die EU, die unter Mugabe noch zeitweise von der Wahlbeobachtung ausgeschlossen und erst unter Mnangagwa bei den letzten Wahlen in 2018 wieder eingeladen wurde, kündigte am 30. Juni als erstes die Einsetzung einer Wahlbeobachtungsmission (EOM) in Simbabwe an. Diese besteht insgesamt aus 150 Mitgliedern, darunter ein 11-köpfiges Kernteam, 46 Langzeit-beobachterinnen und -beobachter, die bereits seit Ende Juli in Simbabwe sind und 44 Kurzzeit-beobachterinnen und -beobachter sowie eine Delegation des Europäischen Parlaments und bei der Republik Simbabwe akkreditierte Diplomatinnen und Diplomaten, die kurz vor dem Wahltag eingesetzt werden. Leiter der EU-EOM ist der italienische EU-Parlamentsabgeordnete Fabio Massimo Castaldo.[12] Die von Nigerias früherem Präsidenten Goodluck Jonathan und Ugandas ehemaligem Premierminister Dr. Ruhakana Rugunda geleitete gemeinsame Wahlbeobachtungsmission der Afrikanischen Union (AU) und des *Common Market for East and Southern Africa* (COMESA), AU-COMESA EOM, besteht aus 73 Kurzzeitbeobachterinnen und -beobachtern, die im Zeitraum vom 16. – 29. August in Simbabwe stationiert sind.[13] Die SADC EOM erreichte das Land am 17. August.[14] Darüber hinaus befinden sich EOMs verschiedener internationaler und regionaler Nichtregierungs- und zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie z.B. des *Carter Centre* (USA) oder des *Southern Africa Human Right Defenders Network ‚Southern Defenders'* vor Ort sowie natürlich nationale Wahlbeobachterinnen und -beobachter. Das Umfeld der Wahlen stellt die EOMs allerdings vor einige Herausforderungen. So kam es auch bei den Akkreditierungsgebühren für regionale und internationale Wahlbeobachterinnen und -beobachter zu einer deutlichen Erhöhung (Abb. 6).

Kritikerinnen und Kritiker werfen zudem

Abb. 6: Akkreditierungsgebühren für Wahlbeobachterinnen und -beobachter



Hinweis: Die AU, SADC, COMESA, Wahlgremien und -kommissionen sowie Botschaftsangehörige afrikanischer Botschaften sind von den Gebühren befreit.

Eigene Darstellung

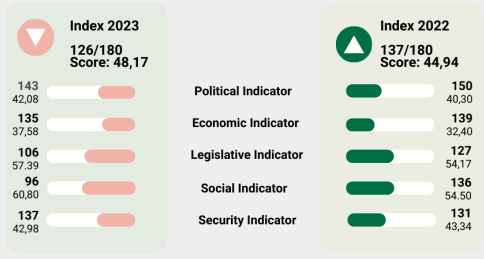
Präsident Mnangagwa vor, die Akkreditierungsprozesse für die EOMs der EU und des *Carter Centre* verzögert zu haben, um eine längerfristige Einsetzung von Beobachterinnen und Beobachtern zu verhindern.[15] Vorwürfe aus den Reihen der ZANU-PF, ausländische EOMs würden Partei für die Opposition ergreifen und so den Wahlprozess beeinflussen, erschweren das Klima.

Shrinking Spaces – Die Medienlandschaft und Zivilgesellschaft

Medien
Zwar hat sich die Situation der Medien seit Mnangagwas Amtsantritt leicht verbessert, dennoch sind Einflussnahme und Selbstzensur immer noch weit verbreitet – und mit den anstehenden Wahlen verschärfte sich das Klima zuletzt (Abb.7). Die Medienlandschaft bleibt, obwohl es auch private und unabhängige Medien gibt und die sozialen Medien wachsen, von den staatlich betriebenen Medien dominiert.
Zu den wichtigsten zählen hier die Medienhäuser *Zimbabwe Broadcasting Corporation* (ZBC) und *Zimpapers*, zu dem u.a.

die staatliche Zeitung *The Herald* gehört.[16] In der Medienberichterstattung zu den Wahlen

Abb. 7: Press Freedom Index

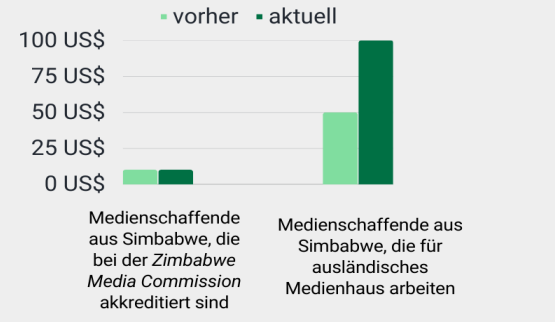


Eigene Darstellung

lässt sich ein klarer Bias erkennen: Während die staatlichen Medien hauptsächlich über den Wahlkampf der Regierungspartei berichten (und hier deutlich mehr Sendeanteil gegenüber den unabhängigen bzw. privaten Medien haben), tendieren private Medien dazu, sich stärker auf die Berichterstattung über die Opposition zu konzentrieren. Auch in den sozialen Medien wird über die Wahlen berichtet, bzw. soziale Medien werden von den Parteien als Kommunikationsplattform genutzt. Diese bergen jedoch die Gefahr von Fake News; gleichzeitig hat nur ein Bruchteil der Bevölkerung Zugang zu digitalen Medien und Plattformen: Die Internetpenetration in Simbabwe liegt bei gerade einmal 34,8%; insbesondere in den ländlichen Gebieten ist die digitale Infrastruktur schlecht ausgebaut.[17] Hinzu kommen vergleichsweise hohe Kosten für mobile Datenvolumen.

Entsprechend gilt das Radio, wie eine Umfrage des Afrobarometers zeigt, weiterhin als die wichtigste Nachrichtenquelle in Simbabwe.[18] Den kommunalen Radiostationen ist es jedoch nicht gestattet, über tiefergehende politische Themen zu berichten. Neben hohen Akkreditierungsgebühren und aufwendigen -verfahren - Medienschaffende müssen sich sowohl bei der *Zimbabwe Media Commission*, als auch bei der ZEC akkreditieren, was zu doppelten Kosten führt (Abb. 8) - stellen insbesondere das 2022 eingeführte *Cyber and Data Protection Act* sowie das rund zwei Monate vor den Wahlen in Kraft getretene *Criminal Law Codification and Reform Amendment Bill*, kurz *Patriotic Bill*, die Medienfreiheit vor enorme Herausforderungen:

Abb. 8: Akkreditierungsgebühren für Medienschaffende zur Wahlberichterstattung



Eigene Darstellung

Cyber and Data Protection Act
Mit dem Cyber- und Datenschutzgesetz wurden auch neue strafrechtliche Konsequenzen für Äußerungen im Internet und sozialen Medien eingeführt, infolgedessen es zu Verhaftungen von Journalistinnen und Journalisten sowie Nutzerinnen und Nutzern von sozialen Medien kam, die sich online kritisch gegenüber politischen Persönlichkeiten oder Sicherheitsbeamtinnen und -beamten geäußert hatten. Die Angst vor rechtlichen Konsequenzen für Äußerungen im Internet und sozialen Medien könnte zu erheblich steigender Selbstzensur beitragen und u.a. Berichterstattungen über die Wahl und den Ablauf des Wahltages stark beeinträchtigen, kritisiert z.B. *Freedom House*. Dies würde im Umkehrschluss die Transparenz der Wahlen erheblich einschränken und die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse in Frage stellen.[19]

Patriotic Bill
Die Einführung des *Patriotic Bill* führte sowohl national als auch international zu einem Aufschrei. Absatz 2 des Gesetzes führt den Tatbestand der „vorsätzlichen Verletzung der Souveränität und nationalen Interessen Simbabwes" ein. Menschen mit dauerhaftem Wohnsitz können gemäß dem Gesetz unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit strafrechtlich belangt werden, wenn sie wissentlich an Zusammenkünften teilnehmen, in denen Interventionen, die Untergrabung oder der Sturz der Regierung oder Sanktionen

und Handelsboykotte diskutiert oder geplant werden - oder sie davon ausgehen müssen, dass diese Themen Teil des Gesprächs sind.[20] Das Strafmaß variiert dabei je nach Ziel des Treffens und kann sogar zu lebenslanger Inhaftierung oder Todesstrafe führen. Das Gesetz, dessen Formulierung viel Spielraum für Interpretationen lässt, schränkt massiv die Medien- und Versammlungsfreiheit sowie die freie Meinungsäußerung ein. Davon sind natürlich nicht nur Medienschaffende, sondern auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Oppositionsparteien betroffen, die das Gesetz heftig kritisierten.

Der politische und zivilgesellschaftliche Raum, der bereits durch neue Gesetzgebungen vor den Wahlen eingeschränkt wurde, schrumpft nach Angaben von *Human Rights Watch* weiter – und somit auch das Umfeld für glaubwürdige, freie und faire Wahlen.[21] Wahlkampfveranstaltungen von Oppositionsparteien wurden immer wieder von Polizei und örtlichen Behörden verboten oder unterbrochen und Internetkonnektivität während politischer Veranstaltungen eingeschränkt. Obwohl die Situation im Land vor den Wahlen bisher größtenteils friedlich ist, kam es immer wieder zu Belästigungen, Verhaftungen von Oppositionsanhängerinnen und -anhängern, Körperverletzung und Gewalt. Am 3. August wurde der Oppositionsaktivist Tinashe Chitsunge bei einer Wahlkampfveranstaltung ermordet.[22]

Simbabwe blickt zudem auf eine lange Geschichte von Gewalt nach Wahlen zurück, während es im Vorfeld meist eher friedlich abläuft. So gaben 59% in einer Umfrage des Afrobarometers an, Angst vor Gewalt während des Wahlkampfes zu haben - 57% der Befragten fürchten den Ausbruch von Gewalt nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse.[23]

Simbabwe - Ein schwieriger Partner?

Deutsch-simbabwische Beziehungen
Das Narrativ der deutsch-simbabwischen Beziehungen ist derzeit stark geprägt von den EU-Sanktionen, die in Folge der staatlichen Farmenteignungen von Weißen Farmbesitzerinnen und -besitzern sowie zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen von Freiheitsrechten in den frühen 2000er Jahren verhängt wurden. Die simbabwische Regierung macht seither die Sanktionen der EU und der USA, die ebenfalls zur selben Zeit Sanktionen gegen das Mugabe-Regime verhängt hatten, verantwortlich für den wirtschaftlichen Abwärtstrend des Landes. Auch in der Bevölkerung trifft diese Schuldzuweisung auf ein breites Echo.[24] Zwar beteuern sowohl die EU als auch die USA, dass die Sanktionen keinen Einfluss auf Handelsbeziehungen hätten, allerdings hat Simbabwe seither in Folge der Sanktionen keinen Zugang zu Krediten internationaler Finanzinstitutionen wie dem IWF oder der Weltbank (WB).[25]

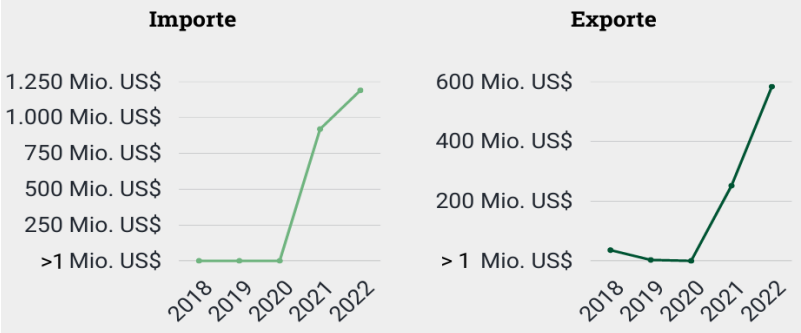
Seit 2013 folgt Deutschland der europäischen Politik des „Reengagements" und mit der Amtsübernahme von Mnangagwa kam es zu weiteren Annäherungen. Unter dem Mantra „Zimbabwe is open for Business" zeigte die Mnangagwa Administration vermehrtes Interesse an der Verbesserung der Beziehungen und erhoffte, eine Aufhebung der Restriktionen zu erlangen. Aufgrund mangelhafter Umsetzung von Reformen sowie der fortbestehenden Einschränkung von Freiheitsrechten, z.B. durch das o.g. *Patriotic Bill*, lehnte die EU eine vollständige Aufhebung der Sanktionen ab und verlängerte erst in diesem Jahr die bestehenden Sanktionen gegen die *Zimbabwe Defense Industry* sowie das Waffenembargo.[26] Die Beziehungen zu den USA, denen neben der Schuld an der wirtschaftlichen Lage des Landes aufgrund der Sanktionen auch Einmischung in innenpolitische Belange z.B. durch die finanzielle Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen vor Ort vorgeworfen wird, sind deutlich schlechter.

Obwohl Mnangagwa wesentlich diplomatischer im Vergleich zu seinem Vorgänger vorgeht, hält Simbabwes antiwestliche Haltung folglich an und dominiert die Beziehungen zu den USA, der EU und Großbritannien. Neben den Sanktionen ist dies vor allem auf die Kolonialgeschichte und das Erbe der weißen Vorherrschaft zurückzuführen und zudem in der stark antikolonialen und antiimperialistischen Rhetorik der Regierungspartei

und früheren Unabhängigkeitsbewegung ZANU-PF verankert.

Globale Partner
Entsprechend wandte sich Simbabwe in den vergangenen Jahren verstärkt anderen Partnern wie z.B. **China** zu. Hier pflegt man freundschaftliche Beziehungen, wie von beiden Seiten stets betont wird – China finanzierte und errichtete beispielsweise das 200 Mio. US-Dollar teure neue Parlamentsgebäude außerhalb Harares als „Geschenk" an Simbabwe.[27] Der Handel mit China steigt seit 2021 rasant an (Abb.9).

Abb. 9: Handel mit China



Eigene Darstellung

So lag das Gesamthandelsvolumen mit China im Jahr 2022 bei 1,7 Mrd. US-Dollar, wobei China inzwischen mit 1,19 Mrd. US-Dollar Importvolumen Simbabwes zweitgrößter Importpartner und mit 583,6 Mio. USD Exportvolumen drittgrößter Exportpartner ist (Abb.10).[28]

Darüber hinaus ist China größter ausländischer Investor in Simbabwe: 2022 flossen rund 1,3 Mrd. USD-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen aus China ins Land; in diesem Jahr wurden bisher 295 Mio. US-Dollar von der chinesischen Regierung und chinesischen Firmen investiert.[29] Investitionen fließen dabei vor allem in Bergbau- und Infrastrukturprojekte. Zu Großbauprojekten zählt u.a. die *Arcadia Lithium Processing Plant* in Goromonzi, nahe der Hauptstadt Harare, die das chinesische Unternehmen *Zhejiang Huayou Cobalt,* das zu den weltweit größten Kobaltproduzenten zählt, 2022 für 422 Mio. US-Dollar kaufte. Weitere 300 Mio. US-Dollar wurden in die rasche Entwicklung des Bergwerks sowie den Bau einer Verarbeitungsanlage für rund 4,5 Tonnen Litihiumerz investiert. Die Arcadia-Mine soll laut Angaben von *Zhejiang Huayou Cobalt* 50.000 Tonnen Lithiumerz produzieren.[30] Insgesamt sind 427 chinesische Unternehmen in Simbabwe registriert, davon 228 im Bergbausektor, 95 im verarbeitenden Gewerbe, 57 im Dienstleistungssektor und 15 im Baugewerbe.[31]

Auch russische Firmen haben sich in den letzten Jahren verstärkt im Bergbau engagiert. Als Handelspartner nimmt **Russland** jedoch eine eher untergeordnete Rolle ein, das Gesamthandelsvolumen lag im Jahr 2022 bei gerade einmal 28 Mio. US-Dollar. Unter den Importpartnern belegt Russland nur Platz 23, zu den Top-Importprodukten zählen dabei Düngemittel, Luft- und Raumfahrzeuge und Getreide. Beim *Africa-Russia Summit* in Sankt Petersburg im Juli dieses Jahres, an dem auch Mnangagwa teilnahm, kündigte Russlands Präsident Wladimir Putin an, innerhalb der nächsten drei Monate bis zu 50.000

Abb. 10: Handelspartner Simbabwe

Eigene Darstellung

Tonnen kostenloses Getreide an Simbabwe und weitere afrikanische Staaten zu liefern.[32] Bei den Resolutionen der UN-Generalversammlungen gegen Russland enthielt sich Simbabwe bisher.[33] Seit Juni dieses Jahres zählt Simbabwe zu den jüngsten Mitgliedern der *BRICS New Development Bank* (NDB), die 2014 als Alternative zur WB und dem IWF gegründet wurde und erhält somit Zugang zu Krediten. Die Regierung Simbabwes bekundete zudem zuletzt Interesse, dem Staatenblock der BRICS beizutreten.[34]

Kooperationspotenziale trotz politischer Herausforderungen?

Simbabwe ist folglich aus deutscher Sicht alles in allem kein leichter Partner, dennoch verbinden den Binnenstaat im südlichen Afrika und Deutschland lange Beziehungen und das Land birgt verschiedene Potenziale und Anknüpfungspunkte für den Ausbau der Zusammenarbeit, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich: Der Agrar- und Landwirtschaftssektor blieb in den vergangenen Jahren aufgrund fehlgeschlagener Reformpolitik weit unter seinem Potenzial zurück. Mit Blick auf die weltweite Ernährungssicherung und Steigerung der Resilienz der Landwirtschaft gegenüber dem Klimawandel, gibt es hier durchaus Potenziale für eine Zusammenarbeit. Die Förderung des Agrarsektors und Gewährleistung der Nahrungsmittelselbstversorgung ist auch Teil von Simbabwes Entwicklungsagenda *Vision 2030*, die die Regierung 2018 vorgestellt hatte und Simbabwe wieder zur „Kornkammer" des südlichen Afrikas machen soll.[35] Auch Oppositionskandidat Nelson Chamisa räumt der Förderung und Modernisierung der Landwirtschaft eine prominente Rolle in seinem Wahlprogramm ein.[36] Darüber hinaus ist Simbabwe reich an Rohstoffen und besitzt eines der weltweit größten Vorkommen an Lithium – ein wichtiger Bestandteil von Batterien, der insbesondere im Hinblick auf den Energiewandel eine immer zentraler werdende Rolle spielt. China ist bereits mit den Firmen *Chengxin Lithium Group, Zhejian Huayou Cobalt* und *Sinomine Resource Group* an den Bergbauvorhaben in Sabi Star, Arcadia und Bikita beteiligt.[37] Die aktuelle Regierung Simbabwes ist mittlerweile vor allem an Investitionen in die Verarbeitung von Lithium und anderen Mineralien wie Platin, Chrom und Kupfer interessiert und will Wertschöpfungsketten im Land schaffen.[38]

Aber auch im Bereich der Klimapolitik und erneuerbare Energien gibt es Anknüpfungspunkte. Der an der Grenze zu Sambia gelegene Kariba-Staudamm ist das bisher größte Wasserkraftwerk des Landes. Verwaltet wird der Damm, der zu gleichen Anteilen Sambia und Simbabwe gehört, von der *Zambezi River Authority*, wodurch Land- und Nutzungsstreitigkeiten verhindert werden sollen. Weitere Investitionen in Wasserkraft, aber auch der Ausbau der Solarenergie, um Simbabwes Stromknappheit zu überwinden, sind bereits in Planung.

Darüber hinaus ist Simbabwes Bevölkerung wie in vielen afrikanischen Ländern sehr jung: 62% sind unter 25 Jahre alt. Obwohl das Land wirtschaftliche Schwierigkeiten hat und Lehrerinnen und Lehrer öffentlicher Schulen weniger als 200 US-Dollar im Monat verdienen, zählt Simbabwes Bildungssystem noch immer mit zu den besten der Region,[39] ein Standortvorteil für Investitionen vor Ort. Gleichzeitig, angesichts des hiesigen Fachkräftemangels sowie neuer Bemühungen der deutschen Politik, diesem auch durch die Zuwanderung afrikanischer Fachkräfte entgegenzuwirken, könnte Simbabwe ein attraktiver Partner sein, wenngleich ein entsprechendes Abkommen etwa durch Modelle der zirkulären Migration und der Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen vor Ort der Gefahr des *brain drains* vorbeugen sollte, von dem das Land vergleichsweise stark betroffen ist. So migrieren seit dem Brexit deutlich mehr gut ausgebildete simbabwische Fachkräfte z.B. im Gesundheitsbereich nach Großbritannien, um die dort entstandenen Lücken zu füllen.

Zusammenfassung

Bei den diesjährigen Wahlen steht für Simbabwe viel auf dem Spiel: Hyperinflation, Währungskrise, die Folgen der Coronapandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben die Bevölkerung hart getroffen. Der stark polarisierte Wahlkampf, die Instrumentalisierung der Justiz sowie die jüngsten Vorfälle von Gewalt gegen Menschenrechtsaktivistinnen und

-aktivisten sowie Oppositionsunterstützerinnen und -unterstützer zeigen dabei, dass sich der politische Raum zunehmend verengt und die Spannung ansteigt. Viele Wählerinnen und Wähler scheinen noch unschlüssig zu sein und Umfragen zufolge können weder Mnangagwa noch Chamisa über 50% der Stimmen auf sich vereinen – es könnte also auf einen zweiten Wahlgang am 2. Oktober hinauslaufen, wenngleich die ungleichen Wettbewerbsbedingungen im Rahmen dieses Wahlkampfs und die Macht, welche die Regierung auf Individuen und Institutionen, die für die Umsetzung der Wahl verantwortlich sind, ausüben kann, die Bedingungen für eine freie und faire Wahl untergraben. Jede zweite Simbabwerin und Simbabwer befürchten die Veröffentlichung falscher Wahlergebnisse und mögliche postelektorale Gewalt. Unabhängig vom Wahlausgang sind die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen für die neue Regierung enorm.

Aber auch außenpolitisch wird der Ausgang der Wahlen richtungsweisend für die kommenden Jahre sein und entscheiden, welchen Partnern Simbabwe sich zukünftig in welchem Maße zuwendet. Dabei scheint ein politischer Kurswechsel gegenüber Deutschland und der EU im Falle eines Wahlsiegs der Regierungspartei fraglich. Bleibt es zudem bei dem autoritären innenpolitischen Kurs, wird es schwierig, eine Lockerung der EU-Sanktionen in Betracht zu ziehen. Dennoch sollte der Dialog nicht vollständig abgebrochen werden, denn es bieten sich einige Anknüpfungspunkte für eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere im wirtschaftlichen und klimapolitischen Bereich, wo sich Überlappungen deutscher und simbabwischer Interessen zeigen. Die Verfolgung dieser durch die Umsetzung konkreter Projekte könnte auch zu einer Verbesserung der simbabwischen Wirtschaft und der sozio-ökonomischen Lage der Bevölkerung und über diesen Weg langfristig auch zu einer Öffnung der politischen und zivilgesellschaftlichen Räume beitragen- sofern die politischen Eliten dies zulassen.

Hinweis: Ein Teil der Afrikapost aktuell basiert auf Gesprächen mit Personen vor Ort.

Herausgegeben von:
Deutsche Afrika Stiftung
Ziegelstraße 30
10117 Berlin
Tel: +49 30 28094727
Email: info@deutsche-afrika-stiftung.de
www.deutsche-afrika-stiftung.de
22.8.2023

Endnoten

1 https://www.afdb.org/en/countries/southern-africa/zimbabwe/zimbabwe-economic-outlook
2 https://www.afdb.org/en/countries/southern-africa/zimbabwe/zimbabwe-economic-outlook#:~:text=The%20extreme%20poverty%20rate%20was,coefficient%20was%200.503%20in%202023 ; https://www.zimstat.co.zw/
3 https://changeradiozimbabwe.com/wp-content/uploads/2023/08/Manifesto-Final-7-Aug1.pdf
4 https://www.hrforumzim.org/wp-content/uploads/2023/07/WEEKLY-ELECTION-MONITORING-REPORT-22-30-June-2023-1.pdf
5 https://www.afrobarometer.org/articles/uncertainties-abound-as-zimbabwe-readies-for-election/
6 Zahlen: https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-09-06/four-out-of-five-diasporan-zimbabweans-live-in-south-africa
7 https://www.veritaszim.net/node/5790
8 https://www.afrobarometer.org/articles/uncertainties-abound-as-zimbabwe-readies-for-election/
9 https://www.veritaszim.net/node/629
10 https://www.veritaszim.net/sites/veritas_d/files/SI%202022-144%20Electoral%20%28Nomination%20of%20Candidates%29%20%28Amendment%29%20Regulations%2C%202022%20%28No.%201%29.pdf ; https://www.veritaszim.net/node/6417
11 https://www.veritaszim.net/node/6417
12 https://www.eeas.europa.eu/eom-zimbabwe-2023/eu-eom-zimbabwe-2023-factsheet_en?s=410326
13 https://au.int/fr/node/43040
14 https://www.sadc.int/sites/default/files/2023-08/SEOM%20Press%20Release%20Zimbabwe%20General%20Elections%20August%202023.pdf
15 https://www.theafricareport.com/316660/as-the-carter-center-heads-to-zimbabwe-when-should-election-observers-stay-at-home/
16 https://www.afrobarometer.org/wp-content/uploads/2023/06/AD660-Most-Zimbabweans-want-free-media-as-watchdog-over-government-Afrobarometer-27june23.pdf
17 https://freedomhouse.org/country/zimbabwe/about-project-election-watch/2023
18 https://www.afrobarometer.org/wp-content/uploads/2023/06/AD660-Most-Zimbabweans-want-free-media-as-watchdog-over-government-Afrobarometer-27june23.pdf
19 https://freedomhouse.org/country/zimbabwe/about-project-election-watch/2023
20 https://rsf.org/en/patriot-bill-threat-zimbabwean-journalists-two-months-elections
21 https://www.hrw.org/report/2023/08/03/crush-them-lice/repression-civil-and-political-rights-ahead-zimbabwes-august-2023
22 https://www.hrforumzim.org/wp-content/uploads/2023/08/29-July-4-August-2023-ELECTIONS-MONITORING-REPORT.pdf
23 https://www.afrobarometer.org/articles/uncertainties-abound-as-zimbabwe-readies-for-election/
24 https://carnegieendowment.org/files/Balfour_Bomassi_Martinelli_-_Southern_Mirror-v2.pdf
25 https://www.dw.com/en/zimbabwe-sanctions-the-government-and-the-west-play-the-blame-game/a-50999947
26 https://harare.diplo.de/zw-de/willkommen-in-simbabwe/02-WillkommenInZIM/bilaterale-beziehungen
27 https://apnews.com/article/africa-china-asia-zimbabwe-d7176d0e7ed5997e50c89d226a34d2e9
28 https://www.gtai.de/resource/blob/14724/43f66c195ecf949df5011a5d82529d6d/GTAI-Wirtschaftsdaten_November_2022_Simbabwe.pdf; https://www.lloydsbanktrade.com/en/market-potential/zimbabwe/trade-profile#classification_by_country; https://tradingeconomics.com/zimbabwe/imports-by-country
29 https://www.herald.co.zw/china-now-zims-largest-fdi-source/
30 https://miningzimbabwe.com/zimbabwe-commissions-biggest-lithium-processing-plant-in-africa/; https://www.reuters.com/world/africa/

huayou-starts-trial-production-zimbabwe-lithium-mine-invests-namibian-project-2023-03-22/
31 https://www.herald.co.zw/china-now-zims-largest-fdi-source/
32 https://www.reuters.com/world/africa/zimbabwean-president-says-country-has-food-grateful-putin-grain-offer-2023-07-27/
33 https://digitallibrary.un.org/record/3959039, https://digitallibrary.un.org/record/3990400?ln=en
34 https://geopoliticaleconomy.com/2023/06/06/brics-new-development-bank-dollar-adding-members/
35 http://www.zim.gov.zw/index.php/en/government-documents/category/1-vision-2030
36 https://changeradiozimbabwe.com/wp-content/uploads/2023/08/Manifesto-Final-7-Aug1.pdf
37 https://www.gtai.de/de/trade/simbabwe/branchen/simbabwe-unterbindet-lithiumexport-955750
38 http://www.zim.gov.zw/index.php/en/government-documents/category/1-vision-2030
39 https://www.theguardian.com/global-development/2022/feb/21/zimbabwes-striking-teachers-told-to-return-to-work-or-lose-their-jobs